Einheitsfront-Diskussion im „Freien Wort" zog. Nachdem sich Heilmann, und das ist nebenbei typisch für die Problemstellung bei diesem neugebackenen Einheitsfrontpropagandisten, mit dem von der Sorge um ein Mandat und um sonst nichts diktierten Sendewitzschen Vorschlag zu einer Listenverbindung bei der bevorstehenden Wahl beschäftigt und die eine solche parlamentarische Verballhornung der Einheitsfrontpolitik ablehnenden Erklärungen der „Roten Fahne" zitiert hat — übrigens hat schon Wilhelm Dittmann, der Wahltechniker der SPD, nachgewiesen, daß selbst vom Standpunkt der Mandatseroberung eine Listenverbindung zwischen SPD und KPD nicht nützlich, sondern nur schädlich sein kann —, kommt Heilmann zu folgendem Schluß:

„Nach diesen beiden Erklärungen der KPD-Leitung erübrigt sich jede weitere Debatte über die sogenannte Einheitsfront."

Aus! Erledigt! So enden alle Artikel der SPD-Presse über diese Frage. „Die Einheitsfrontdebatte ist erledigt." „Die KPD-Führer haben sich entlarvt." „Es gibt keine Einheitsfront." So schließen sie wochenlang täglich die Debatte. Aber warum beginnen sie dann täglich diese Debatte wieder von neuem? Ist es ehrliches Streben, die Einheitsfront aller Arbeiter zum Kampf trotz und trotz alledem zu schaffen, das sie immer wieder zwingt, ihre Federn in Bewegung zu setzen? Aber nein, sie schreiben ja nur, um immer wieder zu beweisen, daß es keine Einheitsfront geben könne, sie warnen ja täglich vor dieser Einheitsfront. Gerade dies ist ja der Zweck ihrer hartnäckigen Schreibbeflissenheit. Und dort liegt auch deren Ursache.

Die Ursache ist die: Die kämpfende proletarische Einheitsfront bildet sich gegen den Willen der sozialdemokratischen Führer. Allerdings nicht in den Parteibüros und auf den Redaktionsstuben, sondern im Kampf auf der Straße. Wir denken nicht daran, die vorhandenen, allerdings verheißungsvollen Ansätze zu überschätzen. Aber das, was sich jetzt schon unten in den Betrieben, an den Stempelstellen und in den Arbeitervierteln abspielt, das zeigt das ständige Wachsen der proletarischen Einheitsfront.

In vielen Orten Sachsens, in Rußdorf, Löbtau, Chemnitz und den proletarischen Vierteln Leipzigs stehen Arbeiter aller politischen Richtungen, Kommunisten und Sozialdemokraten, Reichsbannerleute und Kampfbundkameraden, in einheitlicher Front zur Abwehr faschistischen Terrors, zur Verteidigung von Nazi-Stützpunkten und zur Verteidigung des Rechts auf die Straße in den proletarischen Vierteln. Beim Streik an der Saidenbach-Talsperre, beim Streik der Bauarbeiter in ganz Sachsen, bei der Vorbereitung des Streiks in der Metallindustrie in Leipzig standen alle Arbeiter ohne Rücksicht auf ihr Parteimitgliedsbuch in einheitlicher Front. Zahlreiche untere Gewerkschaftsorganisationen, die Ortsausschüsse des ADGB in Genetund Bernstadt bekennen sich zur revolutionären Einheit, beschließen Kampf in der Antifaschistischen Aktion.

Das ist die Einheitsfront, wie wir sie wollen. Nicht nur wir wollen diese Einheitsfront, sondern auch die große Mehrheit der sozialdemokratischen und Reichsbanner-Arbeiter. Wer diese Einheitsfront jedoch nicht will, das sind die sozialdemokratischen Führer, die in unzähligen Artikeln diese Einheitsfront zu verhindern und zu sabotieren versuchen. Es ist so, wie die „Leipziger Neuesten Nachrichten" am 29. Juni über den Brief des Parteivorstandes der SPD schrieben:

„In seinen Kreisen befürchtet man, sicher nicht mit Unrecht, weitere organisatorische Einbuße und Rückschläge, wenn die Verbrüderungs-Fanatiker in der KPD und SPD Oberwasser gewinnen. Deshalb eben lehnt er (der Parteivorstand der SPD) die Einheitsfront ab."

Diese Sabotage und Verhinderung der Bildung der proletarischen Einheitsfront in den SPD-Führern nicht leicht gemacht. Der Wille zur proletarischen Einheitsfront ist in den Arbeitermassen so stark, daß es die SPD-Führer nicht wagen können, mit glatten dürren Worten einfach gegen die Einheitsfront zu schreiben. Sie müssen deshalb auf andere Art versuchen, die Torpedierung der Einheitsfrontbestrebungen durchzuführen. Darum die Aufstellung von „Bedingungen für die Bildung der proletarischen Einheitsfront" in allen sozialdemokratischen Zeitungen und bei allen sozialdemokratischen Führern.

Die erste der beiden wichtigsten „Bedingungen", deren Erfüllung die SPD-Führerschaft vor jedem Schritt zur Bildung der proletarischen Einheitsfront stellt, ist die Forderung auf „Einstellung des Bruderkampfes zwischen KPD und SPD". Die SPD-Führer fordern in heuchlerischer Demagogie, daß, bevor über die Frage der proletarischen Einheit geredet werden könne, die KPD die „Beschimpfungen und Verleumdungen gegen die Sozialdemokratie und ihre Führer einstellen müsse". Dabei versichert die SPD-Presse täglich, daß sie selbst nur den Kampf gegen den Faschismus führen wolle und daß sie sich in ihrem Kampf gegen die KPD auf die Abwehr beschränke.

Das letztere ist eine glatte Lüge. Ein Blick in die sozialdemokratische sächsische Parteipresse an irgendeinem beliebigen Tage überzeugt davon. Da finden wir täglich die Beschimpfung kommunistischer Arbeiter als „Rosi", wobei die Beschimpfung darin liegt, daß durch dieses Schimpfwort die kommunistischen Arbeiter mit den Nazis gleichgestellt werden. Da finden wir täglich die Beschimpfung, die KPD sei „Helfer des Faschismus". Da finden wir täglich die Verleumdung, die kommunistischen Arbeiter gingen zu Hitler.

Dabei zeigt eine einfache Untersuchung der Entwicklung der sozialdemokratischen Stimmen von 1928 bis heute beispielsweise, daß es nicht die kommunistischen Wähler waren, die seit dieser Zeit zu Hitler gegangen sind, sondern daß es gerade die Wähler der Sozialdemokratie waren, die durch die sozialdemokratische Politik dem Nationalsozialismus zugetrieben wurden. So hat in Preußen z. B. die Sozialdemokratie von 1928 bis 1932 800 000 Wähler verloren, während die Kommunistische Partei 600 000 Wähler gewonnen hat. Trotzdem findet sich immer wieder die Verleumdung in der sozialdemokratischen Presse, die kommunistischen Arbeiter gingen zu Hitler.

Als vor einigen Tagen der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Müller angegriffen wurde mit dem Vorwurf, er habe einen Antrag für Bewilligung von Mitteln für Kinderspeisung als „Dreck" bezeichnet, wählte er eine bezeichnende Art, sich aus der Affäre zu ziehen, indem er von der Tribüne des Parlaments seinen Ausspruch dahin korrigierte, er habe den kommunistischen Abgeordneten Renner eine „Dreckseele" genannt. Von der Tribüne des Parlaments also beschimpft dieser sozialdemokratische Abgeordnete einen kommunistischen Vertreter in dieser unerhörten Weise und die „Leipziger Volkszeitung" ist so entzückt von diesem gemeinen Schimpfwort gegen einen Kommunisten, daß sie diese Erklärung des Abgeordneten Müller mit der in fettem Schritt ohne Anführungsstriche gesetzten Ueberschrift „Kommunistische Dreckseelen" versieht. Sie setzen also dieses Schimpfwort in die Mehrzahl und beschimpfen damit die Kommunisten schlechthin. Trotzdem behaupten sie weiter, daß sie sich aller Beschimpfungen der KPD enthalten.

Eine Schuftigkeit besonderer Art leistet sich die SPD in den letzten Tagen. Jeder Mensch, der die Entwicklung in Deutschland mit offenen Augen verfolgt, jeder Mensch, der weiß, daß die Hauptaufgabe des Faschismus die Zerschlagung der revolutionären Arbeiterorganisationen ist, weiß auch, daß die Bourgeoisie und ihre Papenregierung mit Zähigkeit und Entschlossenheit auf das Verbot der Kommunistischen Partei hinarbeitet. Die gesamte faschistische Presse hetzt zum Verbot der KPD. Gayl erklärt die KPD als außerhalb der Staatsordnung stehend. Die Nazis beschimpfen die Kommunisten als „russische Fremdenlegionäre". Alles dient der offenen Vorbereitung des Verbotes der KPD. Nun bringt in den letzten Tagen die SPD in Sachsen ein Flugblatt heraus und dort finden wir folgenden Satz: **„Nieder mit den von Rußland finanzierten kommunistischen Phantasten!"**

Das ist die Sprache der Papen und Gayl, die Sprache des Herrenklubs und der Braunhäusler, die in dieser Beschimpfung, die KPD werde von der Sowjetunion finanziert, das stärkste Argument auffahren für die Begründung des Verbotes der KPD.

Dieselbe Beschimpfung macht sich die SPD zu eigen. Ja, das ist nicht mehr nur eine Beschimpfung, sondern das ist eine niederträchtige und schuftige Denunziation an den Klassenfeind, die, wie die Rede von Arzt in Riesa beweist, diktiert ist von der Spekulation auf die schmutzigste parteipolitische Ausnutzung eines Verbotes der Partei des revolutionären Proletariats.

Die Behauptung der SPD-Presse also, sie enthalte sich der Beschimpfung gegen die KPD, ist eine einfache Lüge und das gerade Gegenteil ist der Fall. Was aber ist es mit der Beschimpfung der SPD durch die KPD? Wir haben keinen Zweifel daran und haben ihn nie gehabt, daß unser Kampf gegen die Sozialdemokratie nicht bestehen kann in Geschrei und Beschimpfungen, sondern daß dieser Kampf gegen die Sozialdemokratie darin bestehen muß, die klassenverräterischen und arbeiterfeindlichen Handlungen der sozialdemokratischen Führerschaft den Arbeitern und insbesondere ihren eigenen Anhängern aufzuzeigen. Aber das ist es gerade, was die sozialdemokratischen Führer nicht wollen. Wenn Severing proletarische Demonstrationen verbietet, zur gleichen Zeit aber den Faschisten den Lustgarten freigibt: wir sollen es den Arbeitern nicht sagen. Wenn die Polizeisoldaten des Herrn Fleißner Arbeiter erschießen, und wenn in der Polizei des Herrn Fleißner faschistische Offiziere das Feld und die Bereitschaftswachen beherrschen: wir sollen es den Arbeitern nicht sagen. Wenn Grzesinskis Polizei Jugenddemonstrationen auseinanderprügelt und sich mit den SA-Schlägern Straßenkämpfe vor dem „Vorwärts"-Gebäude gibt: wir sollen es den Arbeitern nicht sagen. Wenn die Leipziger DMV-Führer trotz klarer Streikmehrheit in den Betrieben mit den schofelsten Mitteln den Kampf abwürgen: wir sollen es den Arbeitern nicht sagen.

Was aber würde das bedeuten? Die SPD-Führer sagen, wir Kommunisten wollen nicht auf den „Bruderkampf" verzichten, um aus diesem „Bruderkampf" parteipolitische Vorteile zu ziehen. Darum geht es ja gar nicht. Unser Kampf um die Gewinnung der Arbeiter für den revolutionären Kampf hat mit Stimmenfang gar nichts zu tun. Unser Verzicht auf die Aufzeigung der verräterischen Handlungen der SPD-Führer würde bedeuten, sich teilhaftig machen an diesem Verrat, würde bedeuten Verzicht auf die Gewinnung der Arbeiter für den revolutionären Kampf.

Aber die SPD-Führer wollen mit ihrer Forderung auf „Einstellung des Bruderkampfes" ja nicht der Bildung der Einheitsfront dienen, sie wollen nur zweierlei: einmal sich ein Alibi verschaffen für ihren Kampf gegen die revolutionäre Bewegung, ein Alibi für die praktische Fortsetzung ihrer Tolerierungspolitik, d. h. ihrer Politik des Abwürgens jeden Massenkampfes gegen die Bourgeoisie, zum anderen wollen sie jede ernsthafte Bestrebung nach Bildung der wirklichen kämpfenden Einheitsfront aller Arbeiter zerschlagen.

Hier gilt, was Genosse Thälmann in seinem großen Artikel in der letzten Nummer der „Internationale" sagt:

„Niemals wird die Kommunistische Partei darauf verzichten, die Politik der Brüning-Regierung, der Groener-Severing-Regierung und die ganzen Verbrechen der sozialdemokratischen Führer in der Vergangenheit und Gegenwart immer wieder vor den Massen zu brandmarken und zu entlarven. Dadurch können wir die deutsche Arbeiterklasse sowohl vor gefährlichen Illusionen bewahren, als auch auf den Weg des Kampfes führen, der zum wirklichen Siege führt und der die Arbeiterklasse in den Stand setzt, sich die Früchte des Sieges zu sichern."

Und wir sind überzeugt, daß trotz aller Sabotageversuche der SPD-Führer die proletarische Einheit im Kampf der Massen geschaffen wird. Dies bestätigen uns die Erfahrungen der letzten Wochen, dies bestätigt uns insbesondere der wütende Kampf der SPD-Führer und ihrer Presse gegen die sich bildende proletarische Einheitsfront.

(Fortsetzung folgt)

Gigantische Ausdehnung des belgischen Bergarbeiterstreiks

150 Zechen, 1000 Fabriken im Streik

Ueber 120000 Arbeiter im politischen Massenstreik. Vandervelde, der Führer der belgischen Sozialdemokratie, läßt sich durch Militär vor den Streikenden schützen. Gewaltige Massenkundgebungen. Schwere Zusammenstöße und Barrikadenkämpfe

Lüttich, 12. Juli (Eig. Drahtbr.)

Der Streik der belgischen Kohlenarbeiter gegen Lohnraub wächst zum gigantischen politischen Massenstreik an. Gleichzeitig mit der Stillegung von 150 Zechen Belgiens sind mehr als 1000 Fabriken sämtlicher Industriezweige stillgelegt worden. Die wichtigsten Eisen- und Stahlwerke, Elektrizitäts-, Gas- und Wasserwerke, Textil- und Glasfabriken streiken.

Die Eisenbahner Mittelbelgiens haben sich für den Sympathiestreik ausgesprochen. Die Kleinbahner von Mittelbelgien stehen bereits im Kampf. Im Gebiet von Charleroig wurde schon der Generalstreik ausgerufen. Die Regierung wirft immer neue Regimenter in das Streikgebiet. Die Soldaten, deren Dienstzeit am 15. Juli abläuft, werden zurückgehalten. (!)

Trotzdem Zusammenrottungen von mehr als 5 Personen verboten wurden, führen die Streikenden gewaltige Demonstrationen durch. Ueberall kam es zu schweren Zusammenstößen und Barrikadenkämpfen.

Der Führer der Sozialistischen Partei Belgiens, Vandervelde, ist in Charleroig eingetroffen. Die Streikenden zogen zu Tausenden vor das Gewerkschaftshaus und riefen nach Vandervelde. Als er auf dem Balkon erschien, rief ihm die Menge zu, er solle nicht reden, sondern mit ihnen kämpfen.

Vandervelde zog es vor, eine Abteilung Soldaten zu seinem Schutz vor den kämpfenden Massen herbeizurufen. Die Empörung der Arbeiter über das Verhalten des sozialdemokratischen Führers ist ungeheuer.

Die KP Belgiens veranstaltet überall Massenversammlungen und ruft zur Solidarität auf. Die belgische Regierung hat bereits viele Funktionäre verhaften.

Lausanne bringt neue Lasten

Schärfere Diktatur, neue Steuern, Lohn- und Unterstützungsabbau angekündigt

Im Anschluß an eine Kabinettssitzung, in der der Reichskanzler ausführlich Bericht über Lausanne erstattet hat, empfing er gestern mittag die Vertreter der bürgerlichen Presse, wobei er über die innerpolitischen und wirtschaftlichen Maßnahmen sprach, die sich aus den Abschlüssen von Lausanne ergeben. Die „Dresdner Neuesten Nachrichten" berichten darüber:

„Bei dem Empfang der Presse kündigte der Reichskanzler an, daß es jetzt darauf ankomme, durch innere Maßnahmen, die die Reichsregierung von sich aus unverzüglich ergreifen werde, das moralische Ergebnis des Lausanner Vertrages auf die Elemente der deutschen Wirtschaft zu übertragen."

Das bedeutet in der Praxis, daß neben den Maßnahmen zur schärferen Diktatur gegen die Arbeiterschaft, von deren Plänen wir bereits gestern berichteten, stärkere Drosselungsmaßnahmen kommen werden. Durch neue Notverordnungen werden weitere Steuerlasten, Lohnabbau und Unterstützungskürzungen gegen das werktätige Volk verhängt. Das ist das Ergebnis von Lausanne für das arbeitende Deutschland, das sich in Antifaschistischer Aktion zur Wehr setzen muß.

Schärfere Maßnahmen gegen die KPD

Zu der Besprechung der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts teilt die „Vossische Zeitung" mit:

„Lediglich gegen die Kommunisten bestehen im Kabinett Neigungen zu schärferem Vorgehen. Da diese Frage aber eine Länderangelegenheit ist, wird das Reich einstweilen höchstens einen gewissen Einfluß auf die Länderentschließungen auszuüben versuchen."

Das bedeutet, daß die Landesregierungen zu verschärftem Vorgehen gegen die antifaschistische Bewegung angehalten werden. Arbeiter! Seid auf dem Posten!

Lausanne einem Abkommen mit Amerika untergeordnet

Aufsehenerregende Erklärungen Herriots

Der französische Ministerpräsident Herriot machte bei seiner Rückkehr nach Paris den Pressevertretern gegenüber die folgende aufsehenerregende Erklärung:

„Sie kennen noch nicht alle Einzelheiten der Verhandlungen, alles ist einem Abkommen mit Amerika untergeordnet. Wenn die amerikanische Regierung das Lausanner Abkommen für gut befindet und wenn über die Schuldenfrage ein befriedigendes Abkommen getroffen werden kann, so wird die in Lausanne getroffene Reparationsregelung ratifiziert werden. Andernfalls erlangt jeder seine Handlungsfreiheit wieder."

Nach diesen Aeußerungen Herriots, an deren Richtigkeit kein Zweifel besteht, hängt **das Lausanner Ergebnis**, soweit es finanzielle Fragen betrifft, **in der Luft.** Die geänderte finanzielle Regelung ist völlig abhängig davon, ob Amerika mit Frankreich ein Abkommen trifft, das für Frankreich befriedigend ist. **Frankreich hat es mithin in der Hand, die finanziellen Bestimmungen des Lausanner Vertrages nach Belieben in Kraft treten zu lassen oder nicht.**

Was aber nicht in der Schwebe ist, sondern durch Lausanne erneut unterstrichen wurde, das ist die Zustimmung Papens zu Reparationszahlungen, die Zustimmung zur Aufrechterhaltung des Versailler Vertrages.

Versailles bleibt, die Reparationszahlungen bleiben, der französische Imperialismus hat alle Trümpfe in der Hand — das ist das Resultat von Lausanne. Verantwortlich dafür ist die Papenregierung, ist ihr Bundesgenosse Hitler und nicht zuletzt ebenso die SPD, die Lausanne begrüßt.

Die soziale und nationale Befreiung durchzuführen, wird das Werk der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, der Kommunistischen Partei, sein!

Unsere Kandidaten

Wahlkreis Chemnitz-Zwickau

1. **Fritz Heckert**, Redakteur, Berlin
2. **Ernst Schneller**, Lehrer, Berlin
3. **Johanna Himmler**, Angestellte, Chemnitz
4. **Ernst Grube**, Tischler, Werdau
5. **Albert Janka**, Metallarbeiter, ehem. Leiter des KJVD Erzgebirge-Chemnitz, Chemnitz

6. Johann **Knochel**, Arbeiter, Oelsnitz i. E.; 7. Fritz **Marichner**, Betriebsrat, Wandererwerke, Burgstadt; 8. Richard **Schneider**, Kleinbauer, Crottendorf i. E.; 9. **Mittag**, Betriebsrat, Bomag, Plauen i. V.; 10. **Meuer**, Bergarbeiter, Oelsnitz i. E.; 11. Emma **Pawlowitz**, Betriebsrätin, Packpapierfabrik, Mittweida; 12. Bruno **Granz**, Kontoangestellter, Limbach; 13. **Uhlig**, Textilarbeiter, erwerbslos, Floha; 14. **Erber**, Betriebsrat, Presto, Chemnitz; 15. Otto **Beck**, Kleinbauer, Bermsgrün; 16. Max **Uhlig**, Lehrer, Chemnitz; 17. **Lange**, Eisenbahner, Euba; 18. **Staudacher**, Betriebsrat, Lederfabrik, Johanngeorgenstadt; 19. **Luckert**, Textilarbeiter, Meerane.

Wahlkreis Leipzig

1. **Fritz Seidmann, Bergarbeiter, Leipzig**
2. **Hans Kippenberger, Bankangestellter, Berlin**
3. **Paul Jäkel, Maurer, Leipzig**
4. **Emma Peter, Hausfrau, Leipzig**
5. **Fritz Simon, Metallarbeiter bei Jahn, Leipzig**

6. Rudolf **Jahn**, Tischler, ehem. Bezirksleiter des KJVD Westsachsen, Leipzig; 7. **Paschke**, Arbeiter, erwerbslos, Borna; 8. **Schmidt**, graphischer Arbeiter bei Poeck, Leipzig; 9. Hanne **Glaser**, Landesfrauenerwerbslosenleiterin, Leipzig; 10. **Heckteuer**, Arbeiter, erwerbslos, Riesa; 11. Bernhard **Richter**, Chemigraph, Leipzig; 12. Albert **Nagel**, Landarbeiter, Bodelwitz; 13. **Geyer**, Steinsetzer, Brandis; 14. **Hentschel**, Straßenbahner, Leipzig; 15. **Schumann**, Arbeiter, Kraftwerk Böhlen; 16. Elly **Schönfeld**, Hausfrau, Witznitz; 17. **Naumann**, graphischer Arbeiter, Wurzen; 18. **Würzberger**, Bauarbeiter, Leipzig; 19. **Lehmann**, Betriebsrat, Lauchhammerwerk, Gröditz; 20. Paul **Nette**, Eisenbahner, Bayerischer Bahnhof, Leipzig.

Arbeiterantwort auf Freidenkerverbot

Das Kirchenaustrittskomitee in Bautzen, das sich auf Grund des Verbotes des Verbandes proletarischer Freidenker gebildet und sich vorgenommen hat, als Antwort die arbeitende Bevölkerung zu einem geschlossenen Kirchenaustritt zu gewinnen, meldet die ersten Erfolge, indem **in Bautzen 45 Arbeiter und Arbeiterfrauen der Kirche den Rücken kehrten** und austraten.